

Mit CDU-Brandmauern entscheidet Frau Wagenknecht bald, wer Deutschland regiert

Im September werden in Sachsen, Thüringen und Brandenburg neue Landtage gewählt. Glaubt man den Umfragen - und das kann man - wird die AfD überall stärkste Kraft und Wagenknechts BSW könnte überall Zünglein an der Waage spielen. Das sorgt in den Parteizentralen von CDU und SPD jetzt schon für Schwitzhändchen und aufgeregtes Klappern mit dem Rechenschieber.

Es gäbe auch überall in den Ost-Bundesländern - außer Berlin - klare schwarz-blaue Mehrheiten. Rechnerisch. Aber da Sozialisten und Grüne und Mainstreammedien der CDU vorschreiben, mit wem sie über was reden dürfen, beraubt sich die Union jeder Option, Deutschland wieder zum Guten zu verändern.

So lange niemand mit der AfD kooperiert, sind Regierungsmehrheiten ohne Grüne und Rote nicht möglich - außer im Paradies, das wir Bayern nennen.

Und, nicht dass Sie mich missverstehen, die AfD bemüht sich selbst nach Kräften, dass diese Zwickmühle so bleibt wie sie ist.

Aber andererseits....

Im sächsischen Landtag haben CDU und AfD rund 70 Prozent der Sitze. Und was macht Kretschmer? Eine Koalition mit SPD und Grünen. Das kann nicht gutgehen, wenn die Wähler sich permanent verarscht fühlen müssen. Die Sachsen wollen konservativ, viele rechts. Das muss man nicht mögen, aber Demokratie ist die Herrschaft des Volkes.

+++Wir werden das Jahresende mit diesem Blog nicht erleben, wenn unsere Leser unsere Unabhängigkeit nicht erhalten+++Bitte spenden Sie nach Ihren Möglichkeiten auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18+++

Und nun Frau Wagenknecht, die Linksextremistin mit dem anderen Blick auf das Migrationsthema.

Wenn ich Frau Wagenknecht höre und sehe, denke ich oft: WOW!

Wenn Sie die trostlose Lage in Deutschland beschreibt, möchte ich spontan rechts unten unterschreiben. Wenn sie die Existenzsorgen der Mittelschicht, der kleinen Leute beschreibt, wenn sie für den Mittelstand und gegen die Großkonzerne in die Schlacht zieht, wenn sie sich über die Grünen lustig macht...da möchte man vor Freude weinen, auch als Konservativer.

Aber Sahra Wagenknecht ist eine SOZIALISTIN

Und sie betreibt das Geschäft Moskaus in Deutschland - ob aus Überzeugung oder qua Auftrag, das lassen wir mal offen hier.

Jetzt gerade, vor den Wahlen im Osten, hat sie neue Bedingungen für Kooperationen und Koalitionen formuliert. Das BSW werde sich nur an einer Landesregierung beteiligen, die die US-Raketenpläne, die die Kriegsgefahr für Deutschland massiv erhöhten, klar ablehne, hatte Wagenknecht in einem RND-Interview gesagt.

US-Raketenpläne... Thema im Landtagswahlkampf?

Klar, die Sahra ist strategisch die Beste seit Angela Merkel. Aber eben nur strategisch, weil sie weiß, dass das Thema Krieg und Frieden besonders bei den Menschen in Ostdeutschland jetzt gerade eine herausragende Rolle spielt. Damit kann man jetzt Wahlen gewinnen. Die immer noch glauben, dass Putins Russland eine Weltmacht und die USA das Böse seien. Im September wäre es möglich, dass AfD und BSW im Osten russlandzahme Landesregierungen bilden.

Georg Maier, Innenminister und SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl in Thüringen, beklagt das durchsichtige Wahlmanöver Wagenknechts im Berliner „Tagesspiegel“: Wagenknechts „Aussage macht deutlich, dass es BSW nicht um Thüringen oder Sachsen geht, sondern nur um die Interessen der Parteichefin“. Und letztlich um den Einzug in den Bundestag im September 2025.

Dann wird es ganz interessant, denn die BSW startete zuletzt immer wieder Avancen in Richtung CDU. Und die Union wäre nicht die Union, die sie heute ist, wenn sie nicht herumeiert. Im Bund werde man nicht koalieren, aber in den Ost-Ländern...mal sehen. Als wenn die Bundes-CDU nicht umfallen würde, wenn sie sähe, dass es im Osten mit den Sozialisten funktioniert.

Ich wiederhole mich, aber der entscheidende Punkt für eine andere Politik in Deutschland ist das Niederreißen aller Brandmauern. Nur CDU und AfD könnten bei Migration, KlimaGaga, Wirtschaftspolitik eine 180-Grad-Wende einleiten. Die linksextremen Netzwerke von der staatlichen Förderung abschneiden, den Staatsfunk halbieren und eine Bildungspolitik anschieben, die den Namen verdient und unseren Kindern eine strahlende Zukunft verspricht.

Dazu muss sich die CDU bewegen, und dazu muss sich auch die AfD bewegen. Und wenn nicht?

Dann entscheidet Frau Wagenknecht demnächst, wer Deutschland wie regiert.

DDR-Bürgerrechtler warnen vor Koalitionen mit Wagenknecht

Wenige Wochen vor den Landtagswahlen in drei ostdeutschen Bundesländern haben DDR-Bürgerrechtler der BSW-Chefin Sahra Wagenknecht und anderen Parteimitgliedern Lügen und Desinformation bezüglich

des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine vorgeworfen. Und sie warnen die CDU, Koalitionen mit Wagenknecht einzugehen.

So hatten BSW-Mitglieder mehrfach behauptet, dass in der Ukraine „Faschisten“ regieren würden. „Wie soll das gehen, wenn sowohl Präsident als auch der Ministerpräsident Juden sind?“, fragen die Unterzeichner in dem Offenen Brief. Sie kritisieren auch, dass das BSW zu den Zuständen in Russland schweigt, wo Präsident Wladimir Putin die Opposition verbiete und Oppositionelle umbringen lasse. Weiter: „Warum spricht das BSW die Abschaffung der Medienfreiheit in Russland nicht an?“

Die Unterzeichner zählen weitere Fälle von Desinformation seitens Wagenknecht und des BSW auf: So habe die Partei schnell die Falschmeldung über angeblich in der Ukraine eingesetzte französische Soldaten aufgenommen, obwohl der französische Präsident Macron dementiert habe. Die Meldung über Wagenknechts Aussage hatte zuerst der russische Staatssender Sputnik verbreitet, der in der EU gesperrt ist.

Den Brief unterzeichnet haben demnach Martin Böttger, Marianne Birthler, Rainer Eckert, Markus Meckel, Reinhard Weißhuhn, Christian Dietrich, Katrin Eigenfeld, Joachim Goertz, Christian Halbrock, Gerold Hildebrand, Almut Ilsen, Gisela Kallenbach, Uwe Lehmann, Thomas Pilz, Ulrike Poppe, Utz Rachowski, Lothar Rochau, Mario Schatta, Siegbert Schefke, Jutta Seidel, Barbara Sengewald, Wolfram Tschiche, Esther-Marie Ullmann-Goertz, Reinhard Weißhuhn und weitere Mitglieder der DDR-Bürgerbewegung.

Warum Wagenknecht und Maaßen wichtig sind

In einem Interview bei RTL habe ich mir vorhin Sahra Wagenknecht angehört. Die Frau ist wirklich gut. Sie sagte dann Dinge wie, dass Deutschland nicht zulassen dürfe, dass hier Parallelgesellschaften entstehen, dass wir eine verbindende Leitkultur brauchen, und dass wir alle gemeinsam unsere Freiheit verteidigen müssen gegen vielfältige Bedrohungen.

Aber, Frau Wagenknecht ist eine Sozialistin, sie vertritt ein Gesellschaftsmodell, das noch nie in der Geschichte der Menschheit funktioniert hat, das immer zu mehr Armut und vor allem Unfreiheit führt. Das ist systemimmanent.

Und deshalb – Sie ahnen es – werde ich die BSW auf gar keinen Fall wählen. So wie die Grünen, niemals. Auch, weil ich Postings von Wagenknecht, wo sie die finanzielle Unterstützung der überfallenen Ukraine mit den Kosten der Hochwasserkatastrophe in Süddeutschland aufrechnet, schäbig finde.

Gestern habe ich auch das neue Kurzvideo von Hans-Georg Maaßen, dem Chef der WerteUnion,

angeschaut. Seit einigen Tagen macht er solche schmucklosen aber intelligenten Stücke, in denen er einfach vor der Kamera sitzt und einen aktuellen Sachverhalt aus seiner Sicht erklärt und bewertet. Gestern ging es dem ehemaligen Verfassungsschutz-Präsidenten darum, dass ein Islamkritiker wie Michael Stürzenberger, der mit seiner Kritik seit Jahren absolut recht hat, vom VS beobachtet wird, nicht aber ein islamistischer Mörder wie der Sulaiman A. aus Mannheim/Afghanistan.

Ein Aspekt, den ich so noch von niemandem gehört hatte.

Wagenknecht und Maaßen sind wichtige Politiker für Deutschland, auch wenn wir noch nicht wissen, ob sie Erfolg mit ihren neuen Parteien haben werden. Eine kommt von links, der andere von rechts. Aber sie bringen Leben in die politische Debatte, sie können Schwung in unsere oftmals behäbigen Parlamente bringen.

Ich hoffe, dass beide auch in Zukunft Teil der etablierten Politik und damit der Debatte in unseren Parlamenten sein werden.

Welche Auswirkungen wird das OVG-Urteil auf die AfD und ihre Wähler haben?

Das Oberverwaltungsgericht Münster hat heute die Berufungsklage der AfD im Streit um die Einstufung der Partei als Verdachtsfall durch den Bundesverfassungsschutz abgewiesen. In dem Prozess ging es in der Berufungsverhandlung um die Frage, ob das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) die Partei und ihre Jugendorganisation *Junge Alternative* (JA) zu Recht als „rechtsextremistischen Verdachtsfall“ einstuft. Schon in der ersten Instanz hatte das Kölner Verwaltungsgericht diese Einstufung des Inlandsgeheimdienstes bestätigt. Nach der heutigen Entscheidung in Münster ist klar, dass die AfD weiter auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachtet werden darf.

Die OVG-Richter begründeten ihre Entscheidung u. a. damit, dass der Verfassungsschutz bei seinen Maßnahmen die Verhältnismäßigkeit gewahrt habe, dass das Vorgehen des Verfassungsschutzes mit dem Grundgesetz, dem Europarecht und dem Völkerrecht vereinbar sei. Bei der AfD lägen eindeutig »Anhaltspunkte für demokratiefeindliche Bestrebungen« vor, außerdem verfolge sie Bestrebungen »gegen die Menschenwürde bestimmter Personengruppen«.

Welche Auswirkungen das heutige Urteil auf die AfD als Partei aber auch zukünftige Wahlergebnisse haben wird, ist jetzt überhaupt nicht absehbar. Geschichtskundige Leser werden sich allerdings erinnern, dass der Niedergang der rechten Republikaner in den 90er Jahren damit begann, dass die Partei als rechtsextremer Verdachtsfall behandelt wurde. Viele bürgerliche Konservative zogen sich daraufhin zurück, besonders Beamte und Menschen in gehobenen Positionen, die etwas zu verlieren haben.

Die Republikaner waren erfolgreich, versammelten Millionen Wähler hinter sich

Aber sie erlangten nie die Stärke, die die AfD seit Jahren in den deutschen Parlamenten hat. Auch wenn sie ausgegrenzt und ihre Abgeordneten mit teilweise unfairen Mitteln aus dem politischen Diskurs draußen gehalten werden, so ist die AfD heute eine politische Größe in Deutschland, gerade in den Umfragen gleichauf mit den Grünen, die seit 20 Jahren die politische Agenda in diesem Land dominieren. Und die Parteien, die wir immer noch „Etablierte“ nennen, haben dem bei den Grünen wenig entgegenzusetzen.

Gerade deshalb ist das Jahr 2024 so spannend, wo das traditionelle deutsche Parteiensystem aufgebrochen werden kann, wo die Freien Wähler eine auch bundesweit wahrnehmbare politische Kraft ist, wo mit Sahra Wagenknechts BSW sicher eine neue Partei in unsere Parlamente einziehen und dabeisitzen wird, wenn die politischen Karten neu gemischt werden. Und rechts gibt es da ja auch noch die konservative WerteUnion (WU) des früheren Verfassungsschutz-Chefs Hans-Georg Maaßen. Die Partei haben Manche schon abgeschrieben nach öffentlichen Streitereien in der Folge des Gründungsparteitags. Aber Totgesagte leben länger, wie der Volksmund weiß. Erst am Wochenende haben sich die neuen Landesverbände Nordrhein-Westfalen und Brandenburg der WerteUnion gegründet. Parteichefin an Rhein und Ruhr ist die langjährige CDU-Bundestagsabgeordnete Sylvia Pantel, schon als Sprecherin des konservativen Berliner Kreises in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine resolute Streiterin für Familienwerte und anderes Konservatives, die auch keinem Zank mit der damals mächtigen Bundeskanzlerin Angela Merkel aus dem Weg ging. Wie könnte die Union heute dastehen, wenn sie auf Pantel, Maaßen und andere gestandene Konservative zugegangen wäre und sie eingebunden hätten in den Neuaufbruch unter Friedrich Merz. Aber geschenkt, es gibt kein Zurück...

Wagenknecht sammelt bei bei AfD- und Linke-Wählern Stimmen

Keine Frage, das BSW von Sahra Wagenknecht wird die Parteienlandschaft in Deutschland verändern. Das belegen eindrucksvoll die aktuellen Zahlen einer INSA-Umfrage zur politischen Stimmung in Sachsen-Anhalt.

Ais dem Stand springt das Bündnis Sahra Wagenknecht auf 10 Prozent der Stimmen, der AfD brechen 4 Prozent weg.

die Parteien der Berliner Ampel-Regierung weisen jämmerliche Zahlen vor: SPD 10, Grne5 und FDP 4 Prozent. Die Linke verliert ebenfalls 4% und müsste um die Wiedereinzug bangen.

Vorn liegt die CDU von Ministerpräsident Reiner Haselhoff mit 32 Prozent.

INSA-Chef Hermann Binkert, für mich der zuverlässigste Demoskop in Deutschland, analysiert in der BILD:

„Ohne und gegen die CDU kann keine Regierung gebildet werden. Linke, Grüne, FDP und ein Stück weit auch die SPD müssen die Fünf-Prozent-Hürde fürchten. Alle vier Parteien liegen in unserer Potentialanalyse bei den sicheren Stimmen unter fünf Prozent.“

Großer Umbruch im Osten - im September werden die Uhren neu gestellt

+++Freie Medien sind nur dann frei, wenn Sie es ermöglichen, frei zu bleiben+++Bitte spenden Sie über PayPal @KelleKlaus oder mit einer Überweisung auf DE18 1005 0000 6015 8528 18 für unsere Arbeit+++

Das Parteiensystem in Deutschland wird jetzt aufgebrochen, davon bin ich weiter überzeugt.

Wagenknecht mit ihrem Kurs Sozialismus, verbunden mit restriktiver Migrationspolitik wird 2024 sicher in Europaparlament und drei Landtage einziehen. Wie stark und ob überhaupt die WerteUnion von Hans-Georg Maaßen ins politische Getümmel eingreifen kann, ist jetzt noch nicht absehbar. Die Partei, so sagen verschiedene Demoskopen, hat in Ostdeutschland ein Potential von 7 bis zu 10 Prozent.

Weil die Partei, die gerade erst gegründet worden ist, bei vielen Instituten noch nicht abgefragt wird, steht sie auch meistens nicht in den bunten Kacheln mit den Prozent-Balken der Parteien. Wenn also in Thüringen „Sonstige“ ausgewiesen werden mit acht Prozent, dann kann sich jeder selbst überlegen, was sich wohl dahinter verbirgt: Freie Wähler, Bündnis Deutschland oder eben auch die WerteUnion mit zwei, drei Prozent - was ich für wahrscheinlich halte. Bürger für Thüringen ist seit dieser Woche raus, die haben einstimmig beschlossen, sich aufzulösen und der WerteUnion anzuschließen. Die BfTh lagen zuletzt in Umfragen bei 2,5 Prozent.

Thüringens Ministerpräsident und Edelkommunist Bodo Ramelow, von seinen Bürgern mitsamt Rot-Rot-Grün vor Jahren abgewählt, ist immer noch im Amt. Dank der Freistaat-CDU, die der linken Versager-Koalition nach dem Kemmerich-Spektakel, zum Weiterregieren verhilft. Übrigens ein klarere Verstoß gegen einen einstimmigen Bundesparteitags-Beschluss der CDU, der jegliche parlamentarische Zusammenarbeit der Union mit SED/Linken und AfD ausschließt. Aber irgendwie hält das Adenauer-Haus in Berlin nur die „Brandmauern“ nach rechts ein.

Nur hat der abgehalfterte Ramelow eine tolle Idee verkündet. Nach der kommenden Landtagswahl werde er dem BSW Wagenknechts auch der CDU ein Koalitionsangebot machen, wenn es die Zahlen hergeben. Dann könnte er weiter auf seinem gemütlichen Sessel in der Erfurter Staatskanzlei kleben bleiben. Wagenknecht würde das sicher ohne zu zucken mitmachen. Sie weiß, wie Machtpolitik funktioniert.

Wenn sich die CDU aber auf so einen Kuhhandel einlässt, dann können sie am Morgen danach ihren Laden dichtmachen. Die „Partei der Einheit“ im Bett mit den SED-Nachlassverwaltern? Ein ekelhafter Gedanke.

Sahra macht weiter wie früher

Frau Wagenknecht, einst das schöne Gesicht des Stalinismus, hat ihren ersten Bundesparteitag veranstaltet mit rund 400 Genossen in Berlin. Zweck war die Aufstellung der Liste zur Europawahl im Juni und die Verabschiedung des Wahlprogramms dazu. Und sie und ihre Kameraden blieben ihrer alten Liebe treu.

Das Programm ist durchsetzt von Amerikahass und Demutsgestern gegenüber Moskau. Keine Waffenhilfe mehr für das ums Überleben kämpfende Volk der Ukraine, Sanktionen aufheben und Milliarden raushauen, um wieder Russlands Öl und Gas zu kaufen, damit die Kriegskasse Putins immer schön mit deutschen Steuergeldern gefüllt ist.

Jedenfalls bekommt Herr Chrupalla jetzt echte Konkurrenz im Wettstreit um die Gunst des Kreml.

Sahra, so wird das nix

„Friede, Freude, Eierkuchen...“, nein entschuldigung, habe mich vertan: „Frieden, Gerechtigkeit, Vernunft“- so ist der erste Auftritt der Sozialistin Sahra Wagenknecht mit ihrer Startmannschaft vor der Hauptstadtpresse überschrieben. Fehlt vielleicht noch, immerwährend schönes Wetter als Fernziel. Nein, ernthhaft, Frau Wagenknecht hat noch kein auch nur halbfertiges Programm für ihre neue Partei, die sinnigerweise Bündnis Sahra Wagenknecht heißt: „Anders als andere Parteien, wollen wir die Programmatik gemeinsam mit denen entwickeln, die von den Problemen im Land in ihrem Alltag betroffen sind.“

Man verstehe sich nicht als „linke Partei“ und werde direkte Überläufer von der AfD nicht aufnehmen.

Querfront geht anders

Das hatten wir ja schon mal in den 30er Jahren, und wir alle wissen, wie es endete. Aber der Gedanke, eine Partei zur - allen Ernstes - „Volkspartei“ formen zu wollen ohne ein Programm, das finde ich schon fast witzig. Natürlich wird die Partei links sein, wenn eine Gruppe SED/Linke-Bundestagsabgeordneter

eine neue Partei gründet. Und gleichzeitig sind sie gegen die anhaltende Massenmigration in unsere Sozialsysteme, das sollten eigentlich alle Parteien im Bundestag sein.

Links reden, rechts fischen – ich glaube nicht, dass das funktionieren wird. Jedenfalls nicht auf Dauer.

Da ist viel spannender, was sich auf der anderen Seite des politischen Spektrums gerade tut. Und wenn Sie darüber immer gut und schnell informiert werden wollen, dann lesen Sie jeden Tag hier!

Wird Frau Wagenknecht das traditionelle Parteiensystem endgültig sprengen?

Sahra Wagenknecht ist eine beeindruckende Frau, keine Frage. Sie ist intellektuell außergewöhnlich und bei Debatten scharfzüngig, und manchmal wirkt sie in TV-Runden eiskalt...

Die ehemalige Linke-Politikerin, die heute in der Hauptstadt die Gründung des Vereins „Bündnis Sahra Wagenknecht“ angekündigt hat, aus dem in den kommenden Monaten eine Partei werden soll, hat die Fähigkeit, das traditionelle deutsche Parteiensystem nachhaltig zu rocken, zumindest zu zerstören.

Wagenknecht, geboren im Juli 1969 in Thüringen, hat die DDR noch verteidigt, als es die gar nicht mehr gab. Trotz all der unschönen Dinge, die man nach der Wende und der Wiedererlangung der Deutschen Einheit erfahren hat, über das miese SED-System, über 100.000 Stasi-Spitzel, Mauer und Selbstschussanlagen, Zwangsadoptionen und Knäste wie Bautzen und Hohenschönhausen, wo Menschen eingesperrt wurden, die sich eine eigene Meinung zum sozialistischen System erlaubten.

Ich habe viele DDR-Deutsche kennengelernt, die erbärmlich gelitten haben damals. Viele meiner Freunde habe ich „drüben“ getroffen 1989 und 1990 und pflege bis heute tiefe Freundschaften in Ost-Berlin, Thüringen und Sachsen-Anhalt. Aber ich kenne auch die anderen, die 30 Jahre danach die Vergangenheit verklären, dass nicht alles schlecht gewesen sei, natürlich nicht. Es ist nie alles schlecht in jedem System. Und man schwelgt in Kindheitserinnerungen, von der Datsche, dem ersten Wartburg, Reisen nach Bulgarien und Spreewaldgurken. Ich verstehe das alles sehr gut, wenn ich an das Deutschland meiner Jugend denke, an meine lippische Heimat, dann die aufregenden Jahre in Berlin zwischen 1988 und 1995, dann packt mich regelmäßig Sentimentalität.

So wie Sahra Wagenknecht die Sentimentalität vieler Ostdeutscher nährt. Eine, die sich nicht hat

verbiegen lassen, die dem Sozialismus bis heute ebenso die Treue hält wie der politischen Waffenbrüderschaft mit den Genossen in Moskau. Sahra Wagenknecht ist eine Sozialistin, man sagt ihr nach, sie verehere Rosa Luxemburg, keine Ahnung, ob das stimmt. Zutrauen darf man es der Ehefrau des früheren SPD-Chefs Oskar Lafontaine. Wenn man im Saarland in einer opulenten Villa sitzt, von Spitzenköchen verwöhnt wird, und maßgeschneiderte Escada-Fummel trägt, dann kann man gut für den Sozialismus sein.

Wenn man am unteren Rand der Gesellschaft lebt und seine Hoffnungen auf Frau Wagenknecht und ihr neues Projekt setzt, ist das nicht zu empfehlen. Sozialismus hat noch nie irgendwo funktioniert, weil Sozialismus der Natur des Menschen diametral widerspricht. Weil Sozialismus immer mit Gewalt zusammenhängt, immer die Armut des betroffenen Volkes mehrt. Egal, ob in Russland, der DDR, Venezuela oder Kuba, wo wenigstens das Wetter und die Zigarren besser sind.

++Bitte spenden Sie über PayPal @TheGermanZ oder per Überweisung auf unser Konto DE03 6849 2200 0002 1947 75++

Heute kritisierte Wagenknecht in Berlin die Ampel-Regierung unter Olaf Scholz als die „schlechteste Regierung der Geschichte“. Da wird niemand von uns widersprechen, wenn wir die Geschichte Westdeutschlands seit 1949 zum Maßstab nehmen.

Und dann zauberte die smarte Sozialistin ihre Handwerkzeuge des Stimmenfangs aus dem Hut. Deutschland brauche bezahlbare Energie, sagt sie zurecht. Und wie bekommt man die? Klar, wenn man die bösen, bösen Sanktionen gegen das arme Russland endlich aufhebt. Und natürlich – da freut man sich in der Obersten Heeresführung im Kreml besonders – soll der Westen auch keine Waffen an die Ukraine mehr liefern, damit die endlich unterworfen werden kann, als Protektorat in großen Teilen der Russischen Föderation zugeschlagen. 200.000 Tote, vergewaltigte Frauen, verschleppte Kleinkinder? Schwamm drüber...

Und dann, das macht sie und ihre Partei so spannend, wettet sie gegen unregelmäßige Zuwanderung nach Deutschland. Was ein echtes Problem für die AfD und ihren Höhenflug in Ostdeutschland werden könnte. Denn was man dort noch weniger will als im Westen Deutschlands, sind weitere Syrer, Afghanen und Nordafrikaner in Kleinstädten in Sachsen und Thüringen. Und wenn eine beeindruckende Frau wie Sahra Wagenknecht antritt und Ostalgie, naive Träume vom – diese Mal aber wirklich funktionierenden – Sozialismus mit der Ablehnung von Hunderttausenden Fremden aus dem islamischen Kulturkreis verbindet, dann hat das erhebliche Sprengkraft.

Entscheidend wird aber letztlich sein, was die beiden Elefanten im Raum – Scholz und Merz – nach den Wahlergebnissen in Hessen und Bayern jetzt tun wollen. Wie in der Schweiz und überall in Europa ist die Ablehnung der Massenmigration das wichtigste Thema auch bei zukünftigen Wahlen. Wenn Scholz nicht die Kraft aufbringt, das unselige Bündnis mit Grünen und FDP aufzukündigen, und sich mit Merz auf einen Masterplan einigt, in dem geschlossene Grenzen und strikte Abschiebung nicht nur markig gefordert, sondern auch energisch durchgesetzt wird, dann werden die etablierten Parteien in Deutschland bei den anstehenden Landtags-, Europa- und Bundestagswahlen ein Armageddon erleben,

wie es diese Republik seit Jahrzehnten nicht erlebt hat.

Und dann wird Sarah Wagenknecht zur wichtigsten Politikerin im Land....

Dem deutschen Parteiensystem droht der Supergau

Das Totenglöcklein für die ehemalige SED klingelt schon seit einiger Zeit, aber nun wird es lauter und lauter. Nachdem die intelligente und smarte Sarah Wagenknecht für alle sichtbar ihren Ausstieg aus *Der Linke* öffentlich vorbereitet, ja geradezu zelebriert, hat gestern auch die Linke-Fraktionschefin Amira Mohamed Ali als Vorsitzende der Bundestagsfraktion ihren Abschied angekündigt. Ali ist Nachfolgerin und eine enge Vertraute Wagenknechts.

Bis zum Jahresende will Oskar Lafontains Frau – darf man das noch so formulieren? – die Republik wissen lassen, was sie politisch vorhat. Und das wird wahrscheinlich die Gründung einer neuen Partei sein.

Der LINke-Bundestagsabgeordnete Alexander Ulrich sprach gestern jedenfalls von einem weiteren Sargnagel für die Partei. «Die Linke verkommt leider zu einer Sekte.»

Leider? Sekte? Das ist sie doch seit langem

Nur mal zur Erinnerung: Wenn dieses Land zu konsequenten Maßnahmen fähig wäre, dann hätte die Bundesrepublik 1990 direkt nach der Wiedervereinigung der SED als Partei den Garaus gemacht. Wenn heute darüber diskutiert wird, die AfD zu verbieten, dann ist das geradezu lächerlich gegenüber den jahrzehntelangen Verbrechen der SED-Führung gegenüber den Deutschen in der DDR. Viel mehr führende Köpfe der unappetitlichen SED-Nomenklatura hätte damals vor Gericht gestellt gehört, die Partei aufgelöst, das Milliardenvermögen rechtzeitig beschlagnahmt. Auch damals war unser Staat nicht in der Lage, konsequent gegen seine Feinde vorzugehen. Es ist ein Jammer mit Deutschland.

Würde Wagenknecht mit ihrem Spagat zwischen Antikapitalismus und Rechtspopulismus heute antreten, so wäre sie mit der neuen Formation auf Antrieb zweistellig in ganz Deutschland. Davon bin ich zutiefst überzeugt. Und nächstes Jahr in Ostdeutschland, wo die AfD zurecht in Vorfreude auf 30 Prozent und mehr der Wählerstimmen fiebrig erregt ist, wäre dann sofort Feierabend mit dem Höhenflug für Höcke, Tillschneider und Kameraden – was im Umkehrschluss für die AfD als Gesamtpartei gar nicht schlecht wäre. Mit der Radikalisierung, die inhaltlich und besonders personell beim jüngsten Bundeparteitag in Magdeburg und der Europa-Kandidatenliste für jeden sichtbar geworden ist, wird das nichts werden mit der mitgestaltenden Kraft am rechten Rand unserer Gesellschaft.

Dafür sorgen Union und FDP, die man, die wir, früher gern als „bürgerliche Parteien“ bezeichnet haben. Davon ist nichts mehr erkennbar, als gelegentliche Sprechblasen, deren Halbwertszeit in der Regel nicht

einmal 24 Stunden überdauern, bis die Grünen-Pressestelle eine empörte Pressemitteilung herausgibt und die CDU sofort zurückrudert, während aus den Kulissen Büchsenspanner wie Prien, Polenz, CDAler aus der dritten Reihe und Gefolgsleute des woken Hendrik in Düsseldorf hinterrücks vergiftete Pfeile abschießen.

Gibt es eine Repräsentationslücke auch rechts der Mitte, zwischen Union und AfD? Ich bin davon überzeugt. Könnte die das Bündnis Deutschland füllen? Keine Ahnung, aber auch das ist nicht auszuschließen.

Bisher fehlt da noch ein einziger entscheidender Faktor, dann wäre auch rechts nochmal etwas möglich. Und darüber werden wir übrigens mit einigen Hundert von Ihnen Ende August diskutieren, in Hessen bei der *8. Vollversammlung der wahren Schwarmintelligenz*, dem größten überparteilichen bürgerlich-konservativen Netzwerktreffen in Deutschland. Und zu diesem Thema werden Hans-Georg Maaßen (WerteUnion), Joana Cotar (fraktionslose Bundestagsabgeordnete), Hermann Binkert (Chef des INSA-Instituts), Frank-Christian Hansel (AfD) und weitere diskutieren - ohne Mainstream-Medien übrigens.

Wenn Sie dabei sein möchten, schreiben Sie mir JETZT eine Mail an kelle@denken-erwuenscht.com - bitte mit vollständigem Namen und Wohnort. Alle weiteren Informationen zur Veranstaltung bekommen Sie dann per Mail.